

Ralf J. Leiteritz

Deutsche Eliten, ihre Universitätsausbildung und *Global Public Policy*

I. Die von Hartmut Elsenhans¹ geäußerte These, die deutsche Elite sei strukturell unfähig, internationale Führungsaufgaben zu übernehmen, scheint teilweise durch aktuelle Ereignisse Bestätigung zu finden. Erst scheiterte Oskar Lafontaines energisch vorgetragenes Bestreben, einheitliche Strukturen nicht nur in der Geld-, sondern auch in der Fiskalpolitik der Europäischen Union zu schaffen, am Widerstand fast aller Partner in der EU. Dann mußte Bundeskanzler Schröder eine persönliche Niederlage einstecken, als sein Protégé, Staatssekretär Caio Koch-Weser, mit der Bewerbung um den Vorsitz des Internationalen Währungsfonds aufgrund des übermächtigen Einspruchs der US-Regierung das Nachsehen hatte. Elsenhans unterstellt einen kausalen Zusammenhang zwischen den aus seiner Sicht unterlegenen deutschen *Institutionen* und der außenpolitischen *Tradition* Deutschlands.² Letztere stehe in ihrer nationalstaatlichen Gesinnung im krassen Gegensatz zu der Anerkennung transnationaler informeller Hierarchien in der britischen, französischen und US-amerikanischen Außenpolitik. Zwar mag man zur Unterstützung dieser Argumentation anführen, daß es in den verspäteten Nationalstaaten Deutschland und Italien in der Tat weiterhin unmöglich erscheint, auch nur eine sachliche *Debatte* über die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft zu führen. Jedoch legt die Elsenhanssche Logik unweigerlich den Schluß nahe, dieses angebliche historische Erbe deutscher Außenpolitik als gegeben anzunehmen und Veränderung oder ‚Lernen‘ damit nicht als Optionen anzusehen. Nur so ist Elsenhans’ Rat an die deutsche Außenpolitik zu verstehen, sich in bestehende Hierarchien einzufügen. Ich halte den von Elsenhans behaupteten strukturellen Zusammenhang zwischen den die Elite ausbildenden Institutionen und der außenpolitischen Tradition, sowie die Konsequenz dieses Zusammenhangs, die angebliche Unmöglichkeit, eine den USA, Frankreich oder Großbritannien vergleichbare internationale Rolle zu spielen, nicht für

Die in diesem Aufsatz geäußerten Gedanken sind nur dem Autor und nicht der Weltbank zuzuschreiben.

¹ In: WeltTrends, Nr. 25, Winter 1999/2000, S. 121-128.

² Ich danke Axel Hülsemeyer ganz herzlich für die folgenden Gedanken zur Kritik der Argumentation von Hartmut Elsenhans wie auch für seine detaillierten Kommentare zu früheren Entwürfen dieses Aufsatzes.

überzeugend. Auf der Grundlage meiner Erfahrungen in den deutschen und US-amerikanischen Hochschulsystemen sowie der Weltbank möchte ich nachfolgend zwei Fragen und deren Beantwortung miteinander verbinden: Erstens, warum fällt es Deutschen generell schwer, auf internationalem Parkett Fuß zu fassen; und zweitens, wie könnte eine „Weltpolitik deutscher Provenienz“ in Umrissen aussehen?

Zur Beantwortung der ersten Frage gehe ich auf die mangelnde Verbindung zwischen der politikwissenschaftlichen Universitätsausbildung in der Bundesrepublik und dem gefragten Profil von bzw. den konkreten Anforderungen an internationale Führungskräfte ein. Im zweiten Abschnitt argumentiere ich, daß die deutsche außenpolitische Elite in der Tat eine internationale Führungsrolle übernehmen könnte, nämlich auf dem Gebiet der *Global Public Policy*, ohne diese Rolle aber in der von Elsenhans insinuierten ‚kolonialisatorischen‘ Funktion britischer oder französischer Provenienz auszufüllen.

II. Beginnen möchte ich mit dem - im Verlaufe der Hochschulreformdiskussion in Deutschland in Mode gekommenen - Vergleich zwischen universitärer Ausbildung in der Bundesrepublik und den USA im allgemeinen und im Bereich Politikwissenschaft bzw. noch genauer ‚Internationale Beziehungen‘ (IB) im besonderen. Dabei soll es hier nicht um eine Glorifizierung einer der beiden Seiten und der Geringschätzung der anderen gehen.³ Beide haben ihre Meriten und Schwächen sowie ihre historischen Begründungsmuster. Aufgrund meiner persönlichen Erfahrungen in beiden Systemen geht es mir darum zu analysieren, warum Studenten *anglo-sächsischer* Herkunft offenbar weitaus weniger Schwierigkeiten sowie die erkennbare Ambition haben, den Fuß auf das internationale Parkett zu setzen, als Absolventen politikwissenschaftlicher Studiengänge in Deutschland. Zwei Ursachen für diesen Zustand kommen mir dabei in den Sinn:

1. *Die Verbindung zwischen Theorie und Praxis.* Meines Erachtens herrscht bei vielen HochschullehrerInnen im Fach Politikwissenschaft in Deutschland (noch) eine gewisse Furcht, zu nah an das „Feuer der Macht“ zu gelangen. Darunter verstehe ich nicht die bereits vielerorten praktizierte Politikberatung, etwa durch Beratergremien im Auswärtigen Amt oder mittels der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen. Vielmehr habe ich ein mangelndes Interesse auf seiten der Lehrenden im Schwerpunkt ‚Internationale Beziehungen‘ beobachtet, Studenten diejenigen Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln, die diese in die Lage versetzen, ‚(internationale) Politik zu machen‘. Viel zu oft wird das Fach IB als bloßer ‚Durchlauferhitzer‘ für zukünftige Akademiker verstanden. Der Fokus liegt auf der Geschichte, den Organisations- und Funktionsprinzipien internationaler Institutionen sowie deren Einbettung in vergangene und aktuelle theoretische Diskurse. Für eine mehr praxisorientierte Ausbildung, z.B. für Verwaltungs-

³ So teilweise mein Eindruck bei der Auseinandersetzung um die Qualität der IB-Forschung in Deutschland und den USA, welche 1994/95 in der *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* zwischen Gunther Hellmann und Michael Zürn geführt wurde.

positionen, wird - zu Recht oder Unrecht - an andere Lehrstühle in der Politikwissenschaft verwiesen. Anders in den Vereinigten Staaten! Sieht man von denjenigen *Graduate Schools* ab, die sich auf die Ausbildung des akademischen Nachwuchses spezialisieren, gibt es eine Reihe von praxisorientierten Studienangeboten an Universitäten, die sich ausdrücklich zum Ziel setzen, internationale Führungspersönlichkeiten auszubilden. Zu diesen gehört der von mir besuchte Masterstudiengang in *International Relations* an der Johns Hopkins University⁴; die Breite des dortigen Spezialisierungsangebotes muß deutsche IB-Bereiche beeindrucken: sie reicht von regionalen Programmen über ‚Conflict Management‘, ‚International Finance‘ und ‚Energy, Environment, Science & Technology‘ bis zum obligatorischen Fach ‚International Economics‘. Abgesehen von diesen Institutionen ist eine im Vergleich zum bundesdeutschen Hochschulsystem stärkere Praxisorientierung an US-amerikanischen Universitäten aber generell zu beobachten. IB-Schulen der USA haben offensichtlich die Zeichen der Zeit erkannt und bereiten ihre StudentInnen auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit einem breit gefächerten und anwendungsorientierten Wissen vor. So werden in den ökonomischen Kursen ab einer gewissen Stufe eben nicht mehr nur Modelle diskutiert, sondern immer wieder Bezüge zur Praxis gesucht. Das bedeutet auch, daß komplexe und elaborierte Theorien jedweder Provenienz nur dann für das Studium herangezogen werden, wenn sich deren Relevanz zur Erklärung und zum Verständnis von Ereignissen bestätigt hat. Diese recht unkomplizierte Sichtweise auf Theorie und Praxis ist sicher zu einem großen Teil der Methodologie des Positivismus zuzuschreiben, die in Nordamerika - im Gegensatz etwa zu vielen Akademikern in Europa - eine recht unbekümmerte Anwendung findet. Die Befürchtung, daß diese Haltung unweigerlich zur Produktion konformer, unkritischer Studenten führt, die den herrschenden Status quo zementieren helfen, läßt sich nach meinen Erfahrungen nicht bestätigen.

Was bislang in Deutschland oftmals fehlt, sind Ermutigungen an die StudentInnen, aktiv den Weg auf das internationale Parkett zu suchen. Das ist leichter gesagt als getan. In der Tat reicht dafür ein rein politik- bzw. geisteswissenschaftliches Studium nicht aus. Das Kennenlernen von und das verstärkte Interesse an einem konkreten Gegenstand der internationalen Beziehungen im Studium, etwa der internationalen Umweltpolitik, sollte so frühzeitig wie möglich durch einschlägige Praxiserfahrungen, z.B. in einem Forschungsinstitut, ergänzt werden. Hier hängt es mithin auch viel von den Studierenden selbst ab, ob sie ihre an vielen Universitäten obligatorischen Praktika bewußter für ihre Berufsqualifikation und nicht allein zur Vertiefung des Studieninhaltes einsetzen.⁵

⁴ Siehe für Informationen im World Wide Web unter <http://www.sais-jhu.edu>.

⁵ Die immer wieder geäußerte Meinung, daß Verwaltungsstellen vorrangig für Juristen und Wirtschaftswissenschaftler reserviert und Politologen als ‚theoriebeladene Außen-seiter‘ ins Abseits gestellt seien, sollte nicht dazu verführen, nach Beendigung des Politik-

2. *Die Verbindung zwischen Universität und ihren ‚Alumni‘*. Absolventen US-amerikanischer IB-Studiengänge finden ihren Berufseinstieg nicht selten über die sogenannten ‚Alumni‘ ihrer Universitäten, d.h. mittels Kontaktaufnahme zu früheren Absolventen ihres Studienganges, die bereits im Arbeitsleben stehen. Es herrscht ein gegenseitiges Verständnis zwischen beiden Gruppen, das auf seiten der aktuellen Absolventen den Aufbau eines Netzwerkes persönlicher Kontakte zu in Frage kommenden Institutionen und auf seiten der ‚Alumni‘ die Offenheit und Bereitwilligkeit zur Hilfe beinhaltet. Um diesen Prozeß zu erleichtern, stellt die Universität eine umfangreiche Infrastruktur (*Career Services*) zu Verfügung. Universitäten verstehen es als ihren Auftrag, ihren StudentInnen nicht allein eine erstklassige Ausbildung zu vermitteln, sondern auch deren Start in die berufliche Karriere zu unterstützen. Datenbanken mit Informationen über ehemalige Absolventen stehen den StudentInnen zur Verfügung. Spezielle Kurse wie z.B. Strategien zur Kontaktsuche und -aufnahme, die adäquate Verfassung des Lebenslaufes, Möglichkeiten bei der Gehaltsverhandlung werden bereits während des Studiums regelmäßig angeboten. Die Pflege der Kontakte zu den ‚Alumni‘, etwa über die regelmäßige Zusendung eines *Newsletter* und Einladungen zu verschiedenen Veranstaltungen auch und gerade an den verschiedenen Wohnorten der ‚Ehemaligen‘ ist nicht zuletzt aus finanziellen Erwägungen eine Priorität für die Universitäten. So zählen zahlungskräftige Absolventen zu den wichtigsten Einnahmequellen jeder privaten und öffentlichen Universität in den Vereinigten Staaten. Anders verhält sich dies an deutschen Hochschulen im allgemeinen und dem Fach IB im speziellen: Sobald die Abschlusßurkunde an die StudentInnen überreicht ist, endet meistens auch der unmittelbare Kontakt zwischen ihnen und der Universität. Die Absolventen sind in die ‚Unabhängigkeit‘ und die Universität aus ihrer ‚Verantwortung‘ entlassen. Keine Instanz an der Universität hat sich der Vermittlung von Kontakten zwischen ‚Alumni‘ und gegenwärtigen Studierenden verschrieben. Ich denke, daß mit ein wenig Weitsicht und einigen gut angelegten finanziellen Mitteln in der Aufbauphase in überschaubarer Zeit ein funktionierendes Netz von ‚career services‘-Einrichtungen auch an deutschen Universitäten geschaffen werden kann. Mit weitaus weniger Aufwand kann dies aber auch dezentral an den jeweiligen politikwissenschaftlichen Instituten geschehen. Viele Absolventen mit dem Schwerpunkt IB in Deutschland fühlen sich trotz vergleichsweise schnellen Studiums und profunder theoretischer Kenntnisse unvorbereitet für den Arbeitsmarkt, auch und gerade auf der internationalen Ebene. Die Beratung durch Personen, die vor Jahren in derselben Situation waren und mittlerweile erfolgreich im Berufsleben stehen, kann da eine willkommene Hilfestellung bieten. Mit gutem Beispiel gehen in dieser Hinsicht die politischen und wissenschaftlichen Begabtenförderungseinrichtungen vor-

studiums ein solches ‚bevorzugtes‘ Studium quasi ‚dranzuhängen‘, sondern die geforderten Qualifikationen bereits während des Erststudiums und über Praktika zu erwerben.

an. Diese haben oftmals ein solches Netzwerk ihrer ehemaligen Mitglieder geschaffen und bieten es ihren aktuellen StipendiatInnen auch weithin zur Nutzung an. Ohne die Schaffung von solchen Netzwerken wird es Universitäten im allgemeinen und IB-Bereichen im speziellen schwerfallen, ‚Alumni‘ auf internationalen Führungspositionen zu kontaktieren und mittels einer Identifizierung mit *ihrer* Alma mater für gegenwärtige Studierende und deren verstärktem Eintritt auf das internationale Parkett nutzbar zu machen.

III. Ich möchte dem Eindruck vorbeugen, daß allein durch eine gesteigerte Anzahl von qualifizierten deutschen Universitätsabsolventen in internationalen Organisationen die von Hartmut Elsenhans identifizierte Führungsschwäche der deutschen Elite behoben werden kann. Eine Position, die ich teile. Die Beachtung des internationalen Kontextes und die Verbindung zu innerstaatlichen Prozessen und Strukturen müssen ebenso in die Analyse eingehen. Nicht nur die Betrachtung der Quantität, sondern auch und vor allem der Qualität bzw. des Inhaltes einer möglichen deutschen ‚Weltpolitik‘ lassen mich zu einer anderen Schlußfolgerung bezüglich der Rolle der deutschen außenpolitischen Elite gelangen, als Elsenhans sie zieht.

Globalisierung ist das Schlagwort in den internationalen Beziehungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die einschneidenden Veränderungen in den letzten zwanzig Jahren⁶ stellen die politikwissenschaftliche Disziplin im allgemeinen und das Fach IB im besonderen vor große Herausforderungen. Antworten auf neue Frage- und Problemstellungen werden verlangt, und die Politik erwartet dabei zu Recht auch entsprechende innovative Beiträge aus der akademischen Landschaft. Das gilt meines Erachtens für die *Global Public Policy*⁷ als ein konkretes Feld der internationalen Beziehungen. Es ist ein mittlerweile ein Gemeinplatz in der politikwissenschaftlichen Debatte geworden, daß nationalstaatliche Politik allein nicht zu optimalen Ergebnissen führt, wenn es sich um grenzüberschreitende Problemlagen handelt. Oftmals wird dann vor Augen geführt, wie die Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Regierungen zu Lösungen führen kann. Die Literatur zu internationalen Regimen und ihre Wirkung sowohl auf die zwischenstaatliche Politikkoordination als auch auf innerstaatliche Aushandlungsprozesse hat sich in dieser Hinsicht besonders hervorgetan.⁸ Aber reicht es in Zeiten der Ausdifferenzierung der Akteurs-ebene in den internationalen Beziehungen wie auch der Komplexität bzw. Unüber-

⁶ Held, David and Anthony McGrew (Eds.), *The Global Transformations Reader: An Introduction to the Globalization Debate*. London: Polity Press, 2000.

⁷ Für die ausführliche Darlegung und Herleitung des Begriffes siehe Wolfgang H. Reinicke, *Global Public Policy. Governing without Government?*, Washington: Brookings Institution Press, 1998; weitere Informationen im World Wide Web unter <http://www.globalpublicpolicy.net>.

⁸ Moravcsik, Andrew, „Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics“, *International Organization*, Vol. 51, No. 4 (1997), S. 513-553.

sichtigkeit der Problemlagen wirklich aus, daß man es Regierungen und internationalen Organisationen überläßt, Lösungen zu finden, die eine ungleich größere Anzahl von Menschen und Institutionen auf zumindest regionaler, wenn nicht gar globaler Ebene betreffen? Der Begriff der *Global Public Policy* erweitert den Akteursrahmen öffentlicher Politik jenseits des Nationalstaats wie auch jenseits der traditionellen internationalen Institutionen (Organisationen und Regime) um zivilgesellschaftliche Gruppen und den privaten Sektor. Er definiert eine neue Ebene in den internationalen Beziehungen als Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Keine der genannten Akteursgruppen verfügt allein über die notwendigen Kapazitäten, um die Probleme adäquat zu bearbeiten oder gar zu lösen.

Welche Art von Problemen und ‚Lösungen‘ meine ich damit? Nehmen wir als Beispiel den Bau von Staudämmen in Entwicklungsländern. Bis in die 80er Jahre konnten die großen multinationalen Firmen mit nationalen Regierungen Vereinbarungen über den Bau von Staudämmen quasi ohne Einschaltung anderer Akteure und bei ausschließlicher Beachtung ihrer gegenseitigen Interessen abschließen. Die Regierungen in den Entwicklungsländern bekamen von multilateralen und bilateralen Entwicklungshilfeagenturen, wie der Weltbank, oftmals umfangreiche Kredite zur Finanzierung der Staudämme zur Verfügung gestellt, und das Geschäft konnte ohne großes Aufsehen, aber auch in den meisten Fällen ohne besondere Berücksichtigung von ökologischen und sozio-kulturellen Implikationen in den betroffenen Ländern abgewickelt werden. Diese Situation änderte sich drastisch in den 80er Jahren. Aufgrund des - zum Teil - militanten Protestes von Umweltschutzgruppen wie auch von Organisationen zur Verteidigung indigener Interessen geriet die enge Zusammenarbeit von Privatsektor und öffentlichem Sektor aus der Balance. Den zivilgesellschaftlichen Gruppen gelang es durch ihren Protest und die wachsende Aufmerksamkeit für ihre Themen in der internationalen Öffentlichkeit, alle Versuche zu torpedieren, neue Staudammprojekte in Entwicklungsländern umzusetzen. Allein die Verhinderung neuer Projekte lag jedoch nicht im Interesse der NGOs. Sie waren sich durchaus bewußt, daß Staudämme unter Berücksichtigung aller Rahmenbedingungen und Auswirkungen in der Tat für die ökonomische Modernisierung von Entwicklungsländern notwendig waren. Welchen Ausweg gab es aus der beschriebenen Sackgasse? Auf Initiative der Weltbank sowie einer großen umweltpolitischen NGO (World Conservation Union/IUCN) wurden 1997 die wichtigsten Befürworter und Gegner von Staudammprojekten aus den betroffenen Akteursgruppen zu einer informellen Tagung eingeladen. Ziel war es, in Verhandlungen gemeinsame Standards für die Konstruktion von Staudämmen festzulegen, die den Interessen und Anliegen aller Partner Rechnung tragen. Als Ergebnis mehrmonatiger Verhandlungen wurde im Sommer 1998 die *World Commission on Dams* (WCD) ins Leben gerufen. Sie ist aus Vertretern aller beteiligten Interessengruppen (‚stakeholders‘) zusammengesetzt, d.h. neben multinationalen Firmenmanagern, etwa von ABB, sitzen Minister nationaler Regierungen sowie Aktivisten der internationalen Zivilgesellschaft sowie Vertreter von NGOs zur Verteidigung von lokalen Minder-

heiteninteressen. Aufgabe der WCD ist es, innerhalb von zwei Jahren alle weltweit geplanten Staudammprojekte auf ihre ökologische und soziale Unbedenklichkeit wie auch auf ihre ökonomische Nützlichkeit zu begutachten und innerhalb dieser Zeit Standards festzulegen, die in Zukunft verbindlich für den Bau von neuen Staudämmen sind.⁹

Was soll nun dieses Beispiel hinsichtlich neuer Formen der internationalen Zusammenarbeit aussagen? Zum einen, daß die durch die Globalisierung hervorgerufenen Herausforderungen nicht tatenlos hingenommen werden müssen. Es gibt statt dessen für die politische Ebene in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren unzählige Möglichkeiten, Einfluß zu nehmen.¹⁰ Zum zweiten, alle betroffenen Akteure müssen an einen Tisch gebracht werden und sich damit als gleichwertige Partner anerkennen. Der öffentliche Sektor darf nicht für sich in Anspruch nehmen, *primus inter pares* zu sein. Alle Partner bringen verschiedene Ressourcen in die Verhandlungen mit, die für die Lösungsfindung unverzichtbar sind und die Dauerhaftigkeit der beschlossenen Aktionen garantieren. Zum dritten, Überzeugungsbewußtsein und Innovationsbereitschaft auf seiten der Initiatoren eines solchen Netzwerkes vielfältiger Akteure und Interessen sind unabdingbar. Diese neuen Formen der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen des noch sehr vage definierten Feldes von ‚Global Governance‘ sind als *Global Public Policy Networks* bezeichnet worden.¹¹ Sie sind quasi die punktuellen Durchführungsmechanismen von *Global Public Policy*. Seit kurzem liegt eine Studie vor, welche die Entstehungsbedingungen, Organisationsprinzipien und Erfahrungen von *Global Public Policy Networks* zusammenfaßt und diesbezügliche Handlungsempfehlungen für die Vereinten Nationen formuliert.¹² Als konkretes „Endprodukt“ der Arbeit dieser Netzwerke stehen oftmals ‚globale öffentliche Güter‘, wie etwa allgemeinverbindliche Standards für die Konstruktion

⁹ Als Generalsekretär der WCD wurde ein Mitarbeiter der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), mithin also ein Deutscher, ausgewählt. Mehr über die *World Commission on Dams* findet sich im World Wide Web unter <http://www.dams.org>.

¹⁰ So auch Ulrich Beck, Was ist Globalisierung. Irrtümer des Globalismus - Antworten auf Globalisierung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1997; Michael Zürn, Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1998.

¹¹ Wolfgang H. Reinicke, „The Other World Wide Web: Global Public Policy Networks“, *Foreign Policy*, No. 117 (Winter 1999-2000), S. 44-57. Für den deutschsprachigen Raum sind vor allem die Arbeiten von Franz Nuscheler und Dirk Messner im Rahmen ihres Konzeptes von ‚Global Governance‘ zu erwähnen. Siehe z.B. Franz Nuscheler, „Kritik der Kritik am Global Governance-Konzept“; und Dirk Messner, „Ist Außenpolitik noch Außenpolitik ... und was ist eigentlich Innenpolitik? Die Transformation der Politik in der ‚Ära des Globalismus‘“; beide in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 118 (März 2000).

¹² Wolfgang H. Reinicke/ Francis Deng, *Critical Choices. The United Nations, Networks, and the Future of Global Governance*, Ottawa: International Development Research Centre, 2000.

von Staudämmen oder auch greifbare Ergebnisse zur Überwindung von weltweiter Armut, wie z.B. die Entwicklung eines Impfstoffes gegen HIV/AIDS und Malaria.¹³

Die Herausbildung von *Global Public Policy Networks* ist jedoch kein Selbstläufer. Es gibt erheblichen Widerstand, vor allem bei staatlichen Entscheidungsstellen, sich von dem überkommenen Souveränitätsanspruch zu verabschieden. Überzeugungsarbeit hinsichtlich der Notwendigkeit wie auch weitere aktive Schritte zur Proliferation und Produktivität von *Global Public Policy Networks* müssen allerorten und bei allen Akteuren geleistet werden. Managerqualitäten sind an dieser Stelle gefragt, nicht aber jene zur Führung von formellen oder informellen *empires*, sondern vielmehr für die Steuerung und Ertragsorientierung fragiler, multi-sektoraler Netzwerke auf regionaler und globaler Ebene.

Und genau hierbei hat die deutsche außenpolitische Elite einen komparativen Vorteil gegenüber anderweitig sozialisierten Eliten in den entwickelten Industriestaaten. Zum einen ist Deutschland das Land in der westlichen Staatengemeinschaft mit dem - seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges - stärksten und historisch verankerten Bekenntnis zu den Prinzipien des Multilateralismus. Gerade weil die deutsche außenpolitische Elite eben „aus der Geschichte gelernt hat“ und sowohl ihre Institutionen als auch ihre Strategie fundamental geändert hat, sollte sie heute in der Lage sein, glaubhaft und mit der notwendigen Erfahrung die Agenda von *Global Public Policy* zu propagieren.

Zum anderen tritt neben die traditionell multilaterale Ausrichtung der deutschen Außenpolitik eine innerstaatliche Dimension. (West-)Deutschland wird seit 1945 traditionell als ein neo-korporatistisch organisierter Wohlfahrtsstaat klassifiziert. Die sektoral übergreifende Suche nach Lösungen (Stichwort: Bündnis für Arbeit), aber auch politische Problemlagen haben eine erfolgreiche Geschichte in der Bundesrepublik. Die Verbindungen zwischen *Global Public Policy Networks* und den neo-korporatistischen Verhandlungs- und Entscheidungsstrukturen in der Bundesrepublik liegen bezüglich der Vielfalt der beteiligten Akteure und Interessen sowie der konsensorientierten Verfahren auf der Hand.

Es wäre sicherlich übertrieben, *Global Public Policy* zum alleinigen Inhalt einer „deutschen Weltpolitik“ erklären zu wollen. Weltpolitik, wie sie Hartmut Elsenhans zu verstehen scheint, bezieht sich auf nationalstaatliche Ambitionen auf eine internationale Führungsrolle. Geradezu nostalgisch erinnert er sich dabei des *British Informal Empire* und seiner Funktionsmechanismen. In seinen Augen ist die deutsche außenpolitische Elite nicht in der Lage, solche „stabilen hierarchischen Zusammenschlüsse“ (Elsenhans) zu managen, geschweige denn bestimmen zu können. Meines Erachtens hat Elsenhans eine historisch verengte Sichtweise auf infor-

¹³ Näheres dazu bei Grunberg, Isabelle, Inge Kaul und Marc A. Stern (Eds.), *Global Public Goods. International Cooperation in the 21st Century*, New York: Oxford University Press, 1999; sowie Inge Kaul, „The fairness revolution. Global Public Goods: A new way to balance the world's books“, *Le Monde diplomatique*, June 2000, S. 14-15.

melle Zusammenschlüsse, da er nur jene mit einem hierarchischen Charakter betrachtet. Statt dessen habe ich versucht, mit dem Begriff der *Global Public Policy Networks* eine, in Ansätzen bereits existierende, nicht-hierarchisch strukturierte Grundlage für das Management der internationalen Beziehungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu skizzieren.

Es wäre zutiefst verfehlt, aufgrund einer historisch einseitigen und zugleich deterministischen Perspektive der deutschen Elite dauerhaft einen Platz in der zweiten Reihe des internationalen Parketts zuzuweisen. Deutschland bzw. seine Elite mag in der Tat nicht zur „Führungsmacht eines informellen Zusammenschlusses“ gemäß der Elsenhansschen Definition dienen. Aber dies ist angesichts der heutigen Konstellation des internationalen Systems weder wünschens- noch erstrebenswert. Wo heutzutage jedoch Führungsqualitäten von der deutschen außenpolitischen Elite gefordert sind, betrifft es das Management von *Global Public Policy Networks*. An den Universitäten im allgemeinen und den politikwissenschaftlichen Instituten im besonderen müssen dafür aber auch die Voraussetzungen geschaffen werden.